

### Selbstständiger Antrag

An das  
Präsidium des  
Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Beilage 123/2022

Bregenz, 11. Oktober 2022

## **Gemeinden entlasten, um kommunale Dienste für Bürger:innen zu sichern**

Sehr geehrter Herr Präsident,

der sozialdemokratische Gemeindevertreter:innenverband warnte bereits seit dem Frühjahr davor, dass die Gemeinden und Städte extrem davon betroffen sind und ein finanzieller Kollaps droht. Laut dem Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) fehlen den Kommunen im Jahr 2023 mehr als 1,2 Milliarden Euro. Die Experten vom KDZ kommen zu dem Schluss, dass die Inflation die Kommunen somit stärker als Corona trifft .

Die Energiekosten vervielfachen sich. Wenn es nicht zu raschen Hilfen und Eingriffen in die Energiewirtschaft kommt, ist das soziale Leben in den Kommunen im ganzen Land massiv gefährdet. Kurzfristig braucht es Hilfgelder – bei diesen darf es jedoch nicht bleiben, sonst ist das nur eine Symptombekämpfung, parallel ist Energiesparen und Umstieg auf Energieautonomie angesagt.

### **Inflation und Energiekosten treffen Gemeinden stärker als die Corona-Pandemie**

Die voraussichtliche Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben 2023 und die schon stattgefundene Inflation 2022 wird eine große Finanzierungslücke bei Gemeinden entstehen lassen, die diese selbst nicht schließen können. Gemäß einer aktuellen Studie des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) werden die laufenden Ausgaben doppelt so stark ansteigen wie die Einnahmen.

### **Steuerreform und Konjunktur bremsen die Einnahmen**

Einnahmenseitig steigen durch die politisch richtige Abschaffung der kalten Progression die Ertragsanteile nicht mehr entsprechend der Lohnsumme an. Während der Bund durch andere

steuerliche Maßnahmen insgesamt eine Aufkommensneutralität schaffen kann entgehen Ländern und Gemeinden gerade jetzt wichtige Einnahmen. Verbunden mit der schwachen Konjunkturprognose verschärft sich die Einnahmensituation nochmals.

### **Inflation, Gehälter, Energie und Baukosten treiben die Ausgaben**

Ausgabenseitig sind es große Faktoren wie die direkte Inflation, die zur Abgeltung der Inflation für die Beschäftigten wichtigen höheren Gehälter, die höheren Energiepreise, sowie im investiven Bereich die gestiegenen Baukostenpreise.

### **Energiesparen ist Pflicht, reicht aber nicht**

Selbstverständlich sind alle Akteure dazu angehalten, in ihrem eigenen Wirkungsbereich Energiesparmaßnahmen zu überlegen und auch umzusetzen. Dabei gibt es kaum auffallende, sofort und langfristig implementierbare Maßnahmen. Es gibt Maßnahmen, die eine längere Vorlaufzeit brauchen. Es gibt Maßnahmen, die zu echten Einschränkungen führen und die kommunalen Angebote für Bürger:innen reduzieren. Und dennoch bleiben hohe Mehrkosten für Bereiche, die aus gesetzlichen Gründen oder Gründen einer minimalen Versorgung oder des Aufrechterhaltens der Sicherheit weiter betrieben werden müssen.

### **Auch die Gemeinden brauchen ein Energiekostenpaket**

Die Entlastungspakete für Bürger:innen und die Wirtschaft sind zahlreich, jedoch nicht jene für Gemeinden. Aus den genannten Gründen fordern wir daher die Bundes- und Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit dem Vorarlberger Gemeindeverband, dem österreichischen Städtebund und dem österreichischen Gemeindebund schnellstmöglich und unter Bereitstellung der finanziellen Mittel ein Entlastungspaket auszuarbeiten, das die unten angeführten Punkte beinhaltet und bis spätestens Dezember 2022 umgesetzt wird.

Wir stellen daher gemäß § 12 GO des Vorarlberger Landtags folgenden

## **A N T R A G :**

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

1. „Die Vorarlberger Landesregierung möge bei der Bundesregierung ein Unterstützungspaket für Gemeinden einfordern, um die außerordentlichen Belastungen durch die Teuerung abzufedern.
2. Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung die Neutralisierung der negativen Nebeneffekte für Landes- und Gemeindefinanzen durch die geringeren Einkommenssteuererträge abzufedern, zum Beispiel durch faire Ertragsanteilschlüssel aus Einnahmen diverser Ökosteuern. Dies wird durch die sinnvolle Umbasierung des Steuersystems notwendig werden.

3. Die Vorarlberger Landesregierung möge im Landesbudget 2023 ein Unterstützungspaket für Gemeinden vorsehen, um die Effekte der Teuerung in jenen Bereichen abzufedern, wo die kommunale und soziale Infrastruktur sonst gefährdet wäre. Eine Koppelung dieser Gelder an Bedingungen, welche die Ziele der Energieeinsparung, Energieautonomie+, MissionZeroV fördern, wäre eine Win-Win-Win Situation für Gemeinden, Land und Umwelt.
4. Die Vorarlberger Landesregierung möge Anreize in Form von Förderungen schaffen, damit Kommunen rascher in energiesparende Maßnahmen bzw. die Abkehr von fossilen Energieträgern investieren können.
5. Die VKW Illwerke werden ersucht, kommunale Stromtarife zu entwickeln, um sowohl die kommunale und soziale Infrastruktur nicht zu gefährden als auch den Umbau von fossiler Energie zu erneuerbaren Quellen, zu denen auch der Ökostrom zählt, nicht zu gefährden sondern zu fördern.“

LAbg. Dr. Martin Staudinger

LAbg. Manuela Auer

**Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 10. Sitzung im Jahr 2022, am 15. Dezember, den Selbstständigen Antrag, Beilage 123/2022, mit punkte-weise unterschiedlichem Stimmverhalten – wie folgt – mehrheitlich abgelehnt:**

- **in den Punkten 1. und 3. mit den Stimmen der VP- und NEOS-Fraktion, der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner (dafür: FPÖ und SPÖ),**
- **in den Punkten 2. und 5. mit den Stimmen der VP-, FPÖ- und NEOS-Fraktion, der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner (dafür: SPÖ) und**
- **im Punkt 4. mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner (dafür: FPÖ, SPÖ und NEOS)**